

Zusammenfassung

Beschäftigung durch Erneuerbare bis 2035: Der Ausbaupfad entscheidet

Werden die gesetzlichen Ausbauziele für Wind und Solar sowie der Wärmepumpenpfad zur Klimaneutralität erreicht, steigt die Beschäftigung auf 706.100. Im Szenario auf Basis der neuen Energiegesetze sind es 519.500 und damit 186.600 weniger.

AUSGANGSLAGE

Die Bruttobeschäftigung in den erneuerbaren Energien erreichte 2025 mit 436.300 Personen einen neuen Höchststand. Der Rückblick zeigt jedoch: Beschäftigung wächst, wenn verlässliche Rahmenbedingungen Investitionen ermöglichen. Abrupte politische Kurswechsel können dagegen Projekte und Arbeitsplätze gefährden.

Mit der EEG-Novelle 2027 und dem Netzpaket hat das Bundeskabinett im Juli 2026 zwei zentrale Gesetzentwürfe für den Stromsektor beschlossen. Das Gebäudemodernisierungsgesetz ist bereits in Kraft. Die neuen Regelungen verändern die Investitionsbedingungen für Photovoltaik, Windenergie und Wärmepumpen unter anderem bei Förderung, Vermarktung, Netzanschluss und Heizungstausch.

Die Studie untersucht, wie sich diese Weichenstellungen bis 2035 auf Investitionen und Beschäftigung auswirken. Sie vergleicht einen Ausbaupfad, in dem die Ausbauziele für Wind und Solarenergie sowie ein an Klimaneutralität ausgerichteter Wärmepumpenpfad erreicht werden, mit einem Szenario des aktuellen politischen Kurses der Bundesregierung. Dafür werden die erwarteten Wirkungen der neuen gesetzlichen Regelungen auf Investitionsentscheidungen in technologiespezifische Ausbaupfade übersetzt.

Die Unterschiede sind erheblich: Im Ausbaupfad steigt die Bruttobeschäftigung bis 2035 auf 706.100 Personen. Unter dem geplanten Rechtsrahmen sind es 519.500 und damit 186.600 Beschäftigte weniger. Entscheidend ist die Investitionslücke. Während die Investitionen im Ausbaupfad von 37,6 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 79,0 Milliarden Euro im Jahr 2035 steigen, erreichen sie unter dem aktuellen politischen Kurs nur 52,1 Milliarden Euro und damit 26,9 Milliarden Euro weniger.

Ein verlässlicher Ausbau hält Wertschöpfung und Beschäftigung im Land

LÖSUNGSANSÄTZE

Ein entscheidender Hebel für Ausbau und Beschäftigung liegt in verlässlichen Investitionsbedingungen. EEG-Novelle und Netzpaket sollten im parlamentarischen Verfahren so ausgestaltet werden, dass sie gemeinsam mit dem bereits geltenden Gebäudemodernisierungsgesetz einen verlässlichen Investitionspfad ergeben. Für Unternehmen zählt dabei die Gesamtwirkung. Neue Vermarktungsregeln, zusätzliche Risiken bei Netzengpässen, begrenzte Anschlussleistungen, Baukostenzuschüsse und veränderte Vorgaben für den Heizungstausch dürfen sich nicht zu einer Investitionsbremse summieren. Klare Übergangsfristen, Bestandsschutz für bereits genehmigte Projekte und verlässliche Förderbedingungen sind notwendig, damit investiert wird.

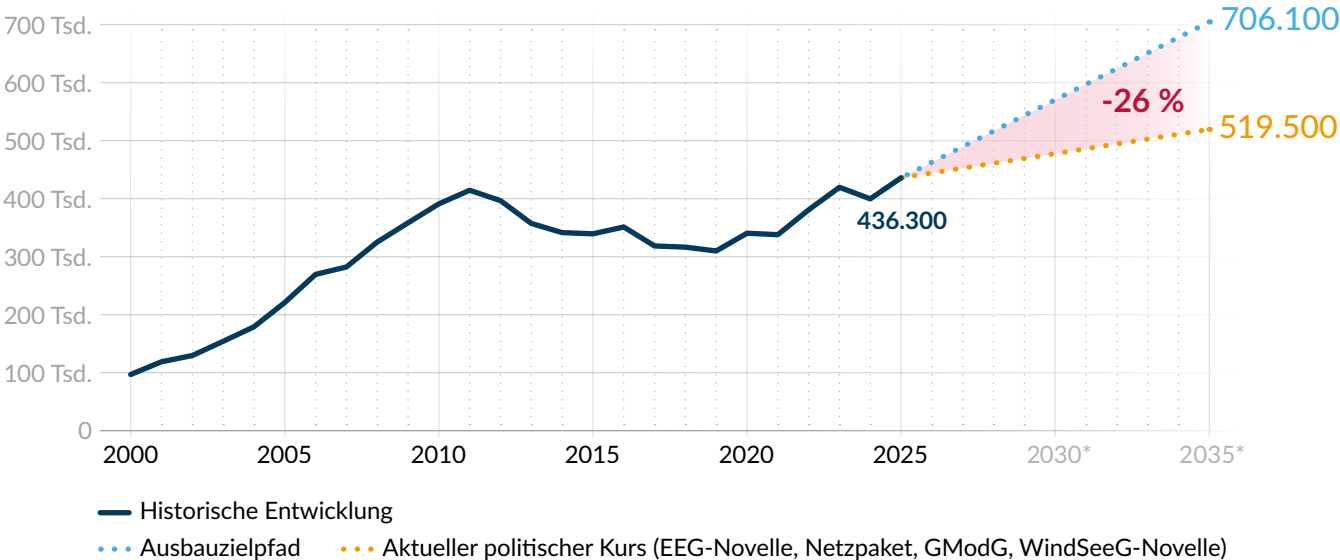
Die von der Bundesregierung geforderte Systemdienlichkeit sollte durch schnellere und digitalisierte Anschlussverfahren, transparente Kapazitätsdaten sowie verbindliche Fristen für Netzoptimierung und -ausbau erreicht werden und nicht durch eine einseitige Verlagerung von Investitionsrisiken auf die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Zusätzliche Erlösrisiken infolge netzbedingter Abregelungen müssen kalkulierbar und zeitlich begrenzt sein.

Kleine PV-Anlagen sollten erst dann vollständig in die Direktvermarktung überführt werden, wenn Smart Meter und wirtschaftliche Standardangebote flächendeckend verfügbar sind. Bis dahin ist eine verlässliche Übergangvergütung erforderlich. Der stärkere Ausbau von Freiflächenanlagen darf das beschäftigungsintensive Dachsegment nicht schwächen. Für Wärmepumpen sind eine kalkulierbare Förderung zentral. Eigentümer:innen sollten vor dem Einbau fossiler Heizungen verbindlich über die Bio-Treppe, die Zukunft des örtlichen Gasnetzes und die langfristigen Kosten informiert werden.

Hohe Ausbauzahlen führen nur dann zu hoher Beschäftigung, wenn ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung im Inland entsteht. Dafür braucht es eine stabile inländische Nachfrage und verlässliche Investitionsperspektiven. Resilienzausschreibungen sind ein wichtiger Ansatz, um Produktionskapazitäten und Lieferketten in Deutschland und Europa zu stärken.

FAST 187.000 BESCHÄFTIGTE WENIGER: NEUE ENERGIEGESETZE BREMSEN BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUM

Entwicklung der Bruttobeschäftigung bis 2035 im Ausbaupfad und unter dem aktuellen politischen Kurs

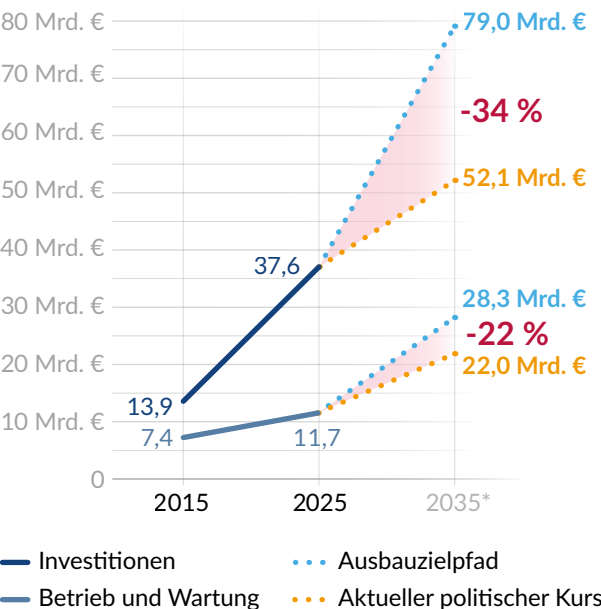


*Werte ab 2026 basieren auf Szenariorechnungen

Quelle: GWS Research Report 2026/2, eigene Darstellung.

ENERGIEGESETZE FÜHREN ZU INVESTITIONSZURÜCKHALTUNG

Investitionen sowie Ausgaben für Betrieb und Wartung bis 2035 im Szenarienvergleich



*Werte ab 2026 basieren auf Szenariorechnungen

Quelle: GWS Research Report 2026/2 eigene Darstellung.

Kurz gesagt

- 2025 erreicht die Bruttobeschäftigung mit 436.300 Personen einen neuen Höchststand.
- Im Ausbaupfad für Windenergie, Photovoltaik und Wärmepumpen steigt die Bruttobeschäftigung bis 2035 auf 706.100 Personen.
- Der aktuelle politische Kurs reduziert die Bruttobeschäftigung gegenüber dem Ausbaupfad um rund 186.600 auf 519.500 Beschäftigte im Jahr 2035.



Zur ausführlichen Studie